

## RUSSLAND UND DER KARIKATURENSTREIT STALIN UND DER XX. PARTEITAG

■ ANALYSE		
	Russland und die Muslime des GUS-Raums im Karikaturenstreit. Uwe Halbach, Berlin	2
■ GRAFIKEN ZUM TEXT		
	Russland und der Karikaturenstreit	5
■ UMFRAGE		
	Russlands Einladung an Hamas	9
■ DOKUMENTATION		
	Erklärung von Memorial International zur Verwarnung von Memorial für die Veröffentlichung eines unabhängigen Gutachtens	10
■ DOKUMENTATION		
	Vor fünfzig Jahren: Chruschtschows „Geheimrede“	11
	Stalin-Kritik auf dem 20. Parteitag	11
	Sowjetnostalgie und „starke Hand“	12
■ CHRONIK		
	Vom 23. Februar bis zum 2. März 2006	14

## Analyse

# Russland und die Muslime des GUS-Raums im Karikaturenstreit

Uwe Halbach

### Zusammenfassung

Der Karikaturenstreit hat im GUS-Raum mit seinen mehr als 70 Mio. Muslimen nicht zu radikalen Reaktionen geführt. Es kam zu Demonstrationen, örtlich auch zu Boykotten westlicher Waren, doch diese Proteste schlugen nie in Ausschreitungen um. Politische Führer verurteilten durchweg die Veröffentlichung der Mohammed-Karikaturen in Dänemark und anderen westlichen Ländern. Bei der Abwägung zwischen den Rechtsgütern Meinungs- und Religionsfreiheit war die Stellungnahme im GUS-Raum klar: Die Pressefreiheit, die in kaum einem Land der GUS zur vollen Entfaltung gelangt, hatte hier zurück zu stehen. Auf den globalisierten Karikaturenstreit reagierten die obersten Repräsentanten der Muslime Russlands gelassen. Putin bezeichnete seinerseits Russland als einen Freund und Verteidiger der Muslime. Die schärfste Reaktion kam von der russlandtreuen tschetschenischen Führung: Ramsan Kadyrow drohte die Schließung dänischer Hilfsorganisationen in Tschetschenien an.

### Einleitung

Der „Karikaturenstreit“ umspannt die islamische Welt von Nigeria bis Indonesien und die muslimische Diaspora von Dänemark bis Neuseeland. Der GUS-Raum mit mehr als 70 Millionen Muslimen Zentralasiens, Kaukasiens und Russlands blieb aus der Berichterstattung über dieses Thema weitgehend ausgeblendet. Wie verhalten sich die „vergessenen Muslime“, wie Alexandre Bennigsen Sowjetbürger islamischer Konfession einst nannte, in dieser Auseinandersetzung? Wie reagieren postsowjetische Regierungen, die den Religionsfrieden in ihren zumeist multikonfessionellen Gesellschaften wahren müssen? Wie reagiert Russland, das sich mit seiner Iran- und Nahostpolitik als Vermittler zwischen dem Westen und der islamischen Welt betätigt?

### Reaktionen in Zentralasien

Aus der größten vom Islam geprägten GUS-Region, Mittelasien, wurden im Gegensatz zum Nachbarland Afghanistan keine massiven Protestkundgebungen berichtet. Im Süden Kasachstans riefen lokale Imame zum Protest auf und wurden westliche Waren boykottiert. Tadschikistan, das am frühesten Aufmerksamkeit auf das Verhältnis von Staat und Religion und die Politisierung „islamischer Wiedergeburt“ in der nachsovjetschen Periode auf sich gelenkt hatte, verurteilte offiziell die Verbreitung der Mohammed-Karikaturen in der europäischen Presse. Sein Außenministerium betonte, „dass kein Zweck – sei es ein politischer oder ideologischer – jemandem das Recht gibt, die höchsten humanitären Werte und heiligsten Gefühle seiner Mitmenschen zu verletzen“. Den Frieden zwischen den Glaubensgemeinschaften

zu wahren, ist ein sicherheitspolitischer Auftrag für sowjetische Nachfolgestaaten dieser Region. Diese Staaten sind multikonfessionelle Gemeinwesen, wenn auch das Gewicht der muslimischen namengebenden Nationalitäten in der Bevölkerungszusammensetzung in den fünf -Stans seit der letzten sowjetischen Volkszählung von 1989 erheblich gewachsen ist und die Rückbesinnung auf den Islam sowohl in der staatlichen Kulturpolitik als auch in der Bevölkerung an Bedeutung gewonnen hat. Ihre Regierungen betonen die säkularen Grundlagen von Staatlichkeit und nehmen Reibungen zwischen den Religionsgemeinschaften als Alarmzeichen wahr. Gleichzeitig sehen sie sich in einer mehr oder weniger starken Konfrontation mit islamistischer Oppositionsbildung, die besonders von der vor zehn Jahren hier aktiv gewordenen „Hizb ut Tahrir“ verkörpert wird.

### Demonstrationen in Aserbaidshan

In Aserbaidshan, wo (als Ausnahme im postsowjetischen Raum) Schiiten die Bevölkerungsmehrheit bilden, kam es beim Ashura-Fest, dem höchsten schiitischen Feiertag, am 9. Februar zu einer Demonstration im Zentrum Bakus. Etwa 1000 junge Leute marschierten zur französischen Botschaft und übergaben dort eine Protestnote. Zuvor hatte die Wochenzeitschrift „Yeni Habar“ mit der Publikation von Karikaturen christlicher Glaubenssymbole eine prompte politische Reaktion provoziert. Der Autor begründete die Karikaturen als seine Antwort auf die Beleidigung des Propheten und mit seinem Recht auf Meinungsfreiheit. Die Behörden und die Führer der Glaubensgemeinschaften, die besonders in Aserbaidshan auf eine lange Tradition friedlichen Zusammenlebens zu-

rückblicken können, verurteilten gemeinsam mit dem obersten Geistlichen der Muslime Russlands und der iranischen Botschaft diese „Konter-Karikatur“. Alle Kommentatoren, einschließlich des Vertreters des Presserates, gingen darin konform, dass der Hinweis auf Pressefreiheit sie nicht legitimiert.

### Religionsfreiheit versus Pressefreiheit?

Bei der Abwägung zwischen den Rechtsgütern Meinungs- und Religionsfreiheit war die Stellungnahme im GUS-Raum klar: Die Pressefreiheit, die in kaum einem Land der GUS zur vollen Entfaltung gelangt, hatte hier zurück zu stehen. In Russland spiegelt eine Umfrage des Fonds „Gesellschaftliche Meinung“ die Haltung der Bevölkerung in dieser Frage wider: 85% der Respondenten aus 44 Regionen halten die Karikatur religiöser Symbole für unstatthaft, nur 6% vertreten die gegenteilige Meinung.

Die Verteidigung der Religion vor der Pressefreiheit nahm in einem Fall skurrile Ausmaße an. In Wolgograd veröffentlichte die Zeitung „Gorodskie Westi“ eine Karikatur, auf der die Religionsstifter der vier traditionellen Konfessionen Russlands – Christus, Mohammed, Moses und Buddha – vereint vorm Fernseher sitzen und „Kampf der Kulturen“ gucken (mit dem unterlegten Kommentar: „Von uns haben die das nicht gelernt“). Während die Religionsgemeinschaften und ihre Führer auf diese Karikatur mit Gelassenheit reagierten, startete die lokale Filiale der Regierungspartei „Einiges Russland“ einen Kreuzzug zur Verteidigung religiöser und nationaler Werte gegen die Pressefreiheit.

### In Russland kein „Kampf der Kulturen“?

In russischen Kommentaren wurde der Karikaturenstreit überwiegend als „Kampf der Kulturen“ gewertet, während man in Westeuropa sichtbar bemüht war, diesen Begriff in Frage zu stellen. Dieser „Kampf der Kulturen“ sei aber ein Problem, das Europa mit den Muslimen in seinen eigenen Staatsgrenzen und mit der islamischen Welt habe. Für Russland stelle es sich so nicht, weil sich hier vier traditionelle Glaubensgemeinschaften seit Jahrhunderten in einer vom „russländischen Staat“ umrahmten Lebensgemeinschaft befinden und gelernt hätten, miteinander zu kommunizieren. Im russländischen Rahmen halte sich die Differenz von Wertesystemen in Grenzen – anders als in Europa, das sich mit seinem (aus russischer Sicht hypertrophen) Individualitätsprinzip an kollektiv ausgerichteten Einwandererkulturen reibe.

Aber hat Russland wirklich keine Probleme mit seinen schätzungsweise 12–15 Millionen Muslimen? Haben die Muslime Russlands keine Probleme mit

ihrem Staat, der sich zunehmend an die Russisch Orthodoxe Kirche (ROK) anlehnt, auch wenn diese offiziell nicht als Staatskirche fungiert? Haben sie keine Probleme mit der Politik des Kreml im Nordkaukasus und mit einem durch die Tschetschenienkriege verstärkten Zusammenfluss antikaukasischer und islamophober Ressentiments in der russischen Öffentlichkeit? Funktioniert das Zusammenleben der traditionellen Glaubensgemeinschaften reibungslos? Zuletzt hat ein Konflikt in Nischni Nowgorod zwischen der ROK und der lokalen Geistlichen Verwaltung der Muslime im Dezember 2005 von sich reden gemacht. Der Hintergrund: Ein Leiter der muslimischen Gemeinde hatte auf den Kontrast zwischen fast leeren Kirchen an Sonntagen und der vollen Hauptmoschee Nischni Nowgorods an Freitagen hingewiesen und daran die Feststellung geknüpft: „Der Islam ist die dynamischere, aktivere Religion – die Zukunft Russlands“. Solche Äußerungen tangieren neuralgische Punkte in der russischen Wahrnehmung des inländischen Islam, z.B. die demographische Differenz zwischen dem Wachstum muslimischer und der Schrumpfung slawischer Bevölkerungsteile des Landes.

Auf den globalisierten Karikaturenstreit reagierten die obersten Repräsentanten der Muslime Russlands gelassen. Der Rat der Muftis dazu: „Die Muslime Russlands respektieren das Recht der Medien auf Meinungsfreiheit, halten es aber für unumgänglich, dass moralisch-ethische Prinzipien und die Werte aller Vertreter der Gesellschaft bei der Wahrnehmung dieses Rechts beachtet werden“. Die Stellungnahme des russischen Präsidenten fiel strenger aus. Putin hatte zuvor auf internationaler Bühne (z.B. vor einem APEC-Gipfel in Pusan) Russland als einen Freund und Verteidiger der Muslime bezeichnet.

Wie reagierten muslimische Bevölkerungsgruppen in Russland? In der Teilrepublik Tatarstan wurden einige Tage lang dänische Waren boykottiert. Die Behörden waren bemüht, den Boykott rasch zu beenden.

### Reaktionen im Nordkaukasus

Heftiger waren die Reaktionen in jener Region, die am meisten in Betracht kommt, wenn es um die Politisierung von Islam und Konflikte zwischen bodenständigen und importierten Varianten dieser Religion im nachsowjetischen Russland geht. In Dagestan, der größten und am stärksten vom Islam geprägten Teilrepublik im Nordkaukasus, rief der Imam der Hauptmoschee in der Hauptstadt Machatschkala zu Demonstrationen auf. „Ihr alle wisst, was in der Welt wegen der Karikaturen unseres Propheten vor sich geht. Auch wir müssen dazu Stellung nehmen“.

Sein Stellvertreter fügte hinzu: „Unsere Feinde wollen uns provozieren. Sie wollen unsere Reaktion sehen. Sie glauben, sich über unseren Propheten lustig machen zu können. Es ist schade, dass wir keine Möglichkeit haben, diese Leute mit unseren eigenen Händen zu züchtigen“. Auch die islamische Geistlichkeit in Inguschetien verurteilte die Karikaturen als eine „Saat der Feindschaft zwischen den Religionen“ und brachte in einem Appell an die Regierung in Moskau die Hoffnung zum Ausdruck, „dass solche Beleidigungen religiöser Gefühle in Russland niemals geduldet werden“. Die zitierten Reaktionen kamen aus den offiziellen geistlichen Führungen, die sich besonders im Nordkaukasus im Konflikt mit islamistischen Herausforderern, so genannten „Wahhabiten“ oder „Salafiten“, befinden. Radikal-islamistische Netzwerke (jamaat), die sich in letzter Zeit deutlich über Tschetschenien hinaus in der Region ausbreiten, meldeten sich im Karikaturenstreit weniger zu Wort. Es waren eher die amtierenden Machthaber, die sich hier profilierten – am lautesten der „starke Mann“ in Tschetschenien.

### Ramsan Kadyrow und der „Danish Refugee Council“

Der interimistisch als Ministerpräsident Tschetscheniens fungierende Ramsan Kadyrow sagte allem Dänischen in seiner Reichweite den Kampf an. Diese Drohung bezog sich vor allem auf die bekannteste dänische Nichtregierungsorganisation in der Region, das „Danish Refugee Council“, einen Hauptpartner der Abteilung der EU-Kommission für humanitäre Hilfe ECHO bei der internationalen Flüchtlingshilfe in Tschetschenien und den Nachbarrepubliken. Die Organisation war maßgeblich an der Versorgung von 200.000 Flüchtlingen des zweiten Tschetschenienkriegs in Dagestan, Inguschetien und Tschetschenien beteiligt. Ihre Schließung würde derzeit etwa 40.000 Vertriebene in Tschetschenien treffen. Den vom Kreml protegierten lokalen Machthabern war sie schon deshalb ein Dorn im Auge, weil Kopenhagen im Herbst 2002 – nach dem Terroranschlag auf ein Musicaltheater in Moskau – einen „tschetschenischen Weltkongress“ beherbergt hatte, bei dem auch Exilpolitiker der Maschadow-Regierung auftraten.

#### Über den Autor

Dr. Uwe Halbach ist bei der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin tätig.

#### Lesetipp

Uwe Halbach, Rußlands Welten des Islam, SWP-Studie 2003/S 15, Berlin, 15. April 2003

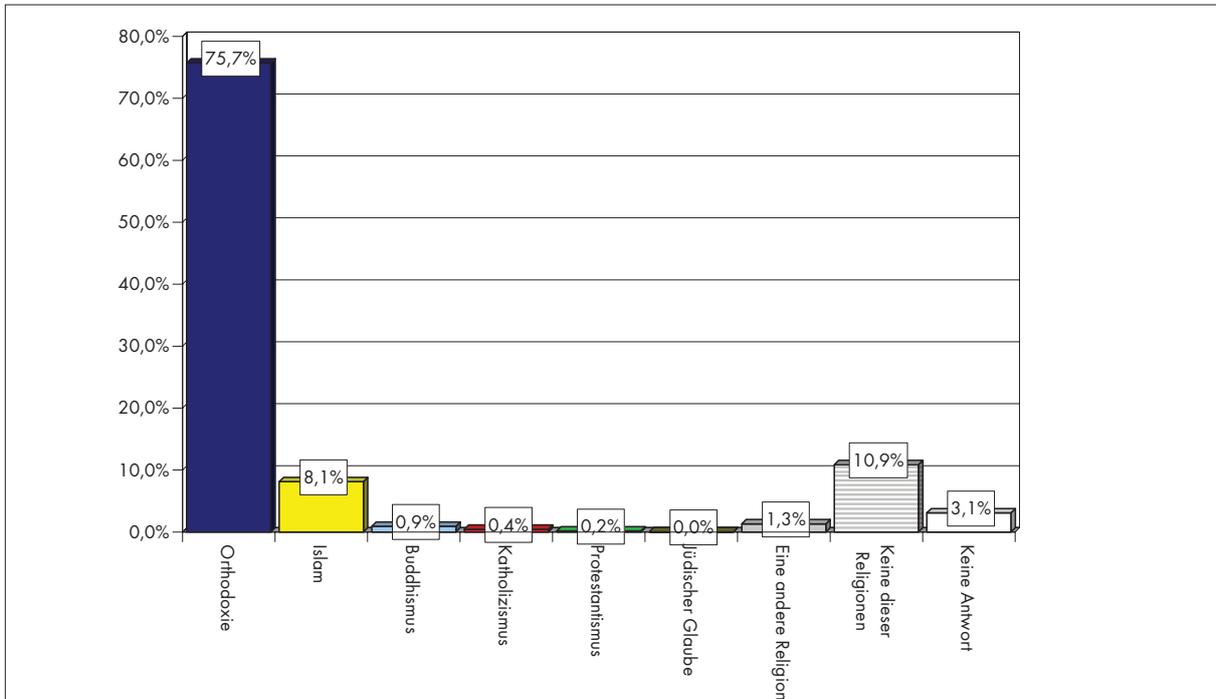
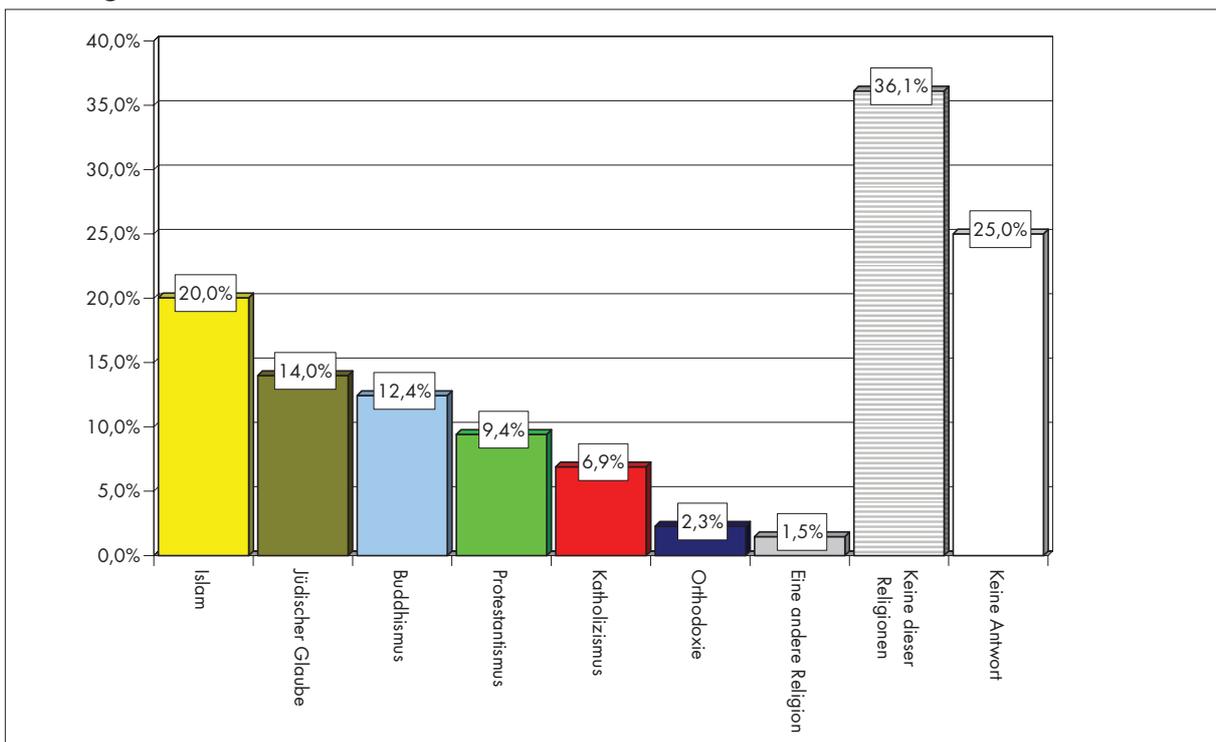
[http://www.swp-berlin.org/common/get\\_document.php?id=189](http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?id=189)

Die Kampfansage Kadyrows wurde zwar von russischen Politikern als eine Anmaßung kritisiert. Duma-Sprecher Gryslow bezeichnete sie als „rein persönliche Meinung“. Aber da stellt sich die Frage, wer die Macht in Tschetschenien hat. Der Kreml hat im Zuge seiner Politik der „Tschetschenisierung“ seit 2003 dem Kadyrow-Klan Freiraum für die Entfaltung persönlicher Macht gewährt. Russische Medien berichten von einer „Ramsanisierung“ der Republik, von der Entfaltung eines politischen Personenkults um den 29-jährigen Kadyrow. Der zum „Helden Russlands“ geadelte, von Kritikern der Tschetschenienpolitik Putins indes als ordinärer Warlord und Bandenführer angesehene Sohn des 2004 ermordeten Präsidenten Ahmad Kadyrow ist bei dieser Machtentfaltung deutlich bemüht, sich auch als „Hüter des Islam“ zu präsentieren. Zu diesem Zweck forderte er die Einführung der Scharia in das Rechtssystem der Republik, verhängte einen Bann über Glücksspiele, rief zum „Jihad“ gegen die „Wahhabiten“ auf, plädierte für eine Modifizierung des Polygamie-Verbots und bezog Position im Karikaturenstreit. Er setzt ein Beispiel dafür, wie ein von religiöser Autorität weit entferntes Regime Islam instrumentalisiert. Seine Gegner im bewaffneten Untergrund haben die Islamisierung ihrer Kampffideologie schon längst betrieben. Seit 1996 haben sich die ideologischen Akzente von der nationalen Unabhängigkeit zunehmend zum „Jihad“ verlagert. Insgesamt haben in den kaukasischen Teilrepubliken seit Mitte der 1990er Jahre islamistische Kräfte die nationalistischen Bewegungen, die beim Zerfall der Sowjetunion die politische Szene bestimmt hatten, in den Hintergrund gedrängt. Die „Regionalisierung von Jihad“ im Nordkaukasus ruft Erinnerungen an den Kaukasuskrieg im 19. Jahrhundert hervor und zeigt, dass der „Kampf der Kulturen“ an Russland eben nicht vorbeigeht, zumal sich auch das christlich-orthodoxe Patriarchat in die Konflikte in dieser Region einmischt, die Maßnahmen der russischen Regierung in Tschetschenien als „Krieg gegen internationalen Terrorismus“ mit Nachdruck unterstützt und gefallene russische Soldaten in diesem Krieg heilig spricht.

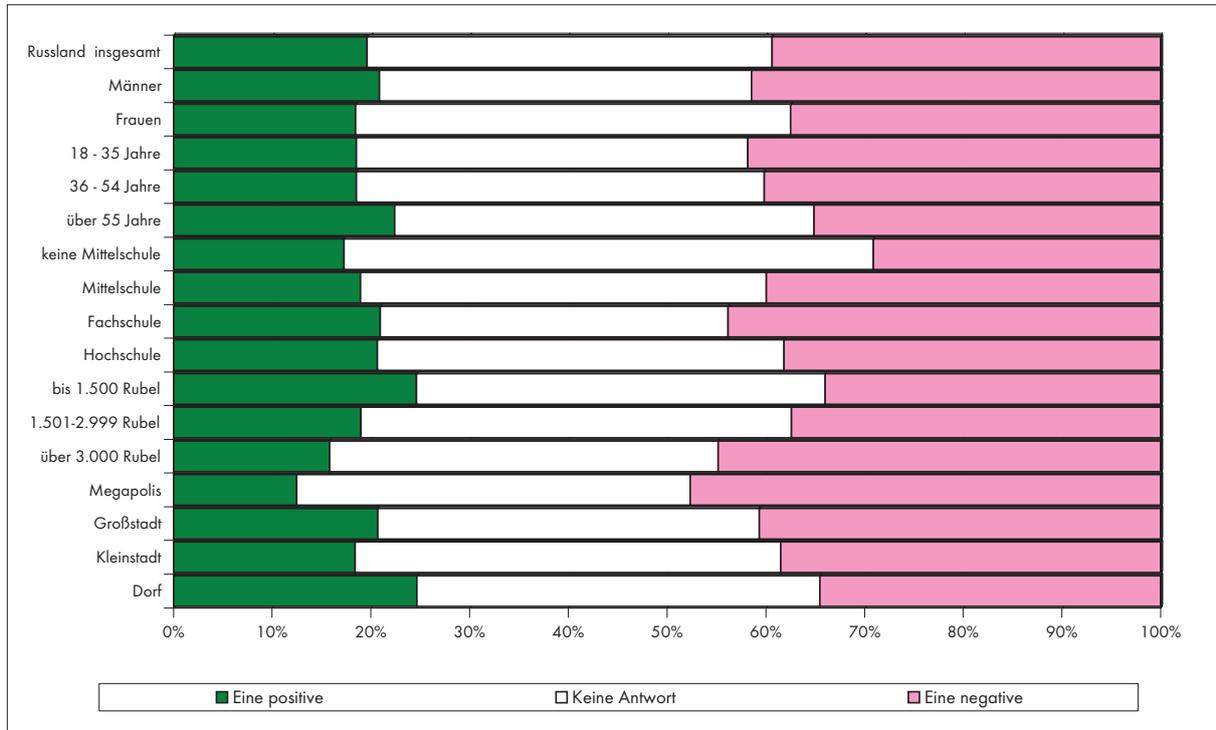
*Redaktion: Hans-Henning Schröder*

**Grafiken zum Text**
**Russland und der Karikaturenstreit**

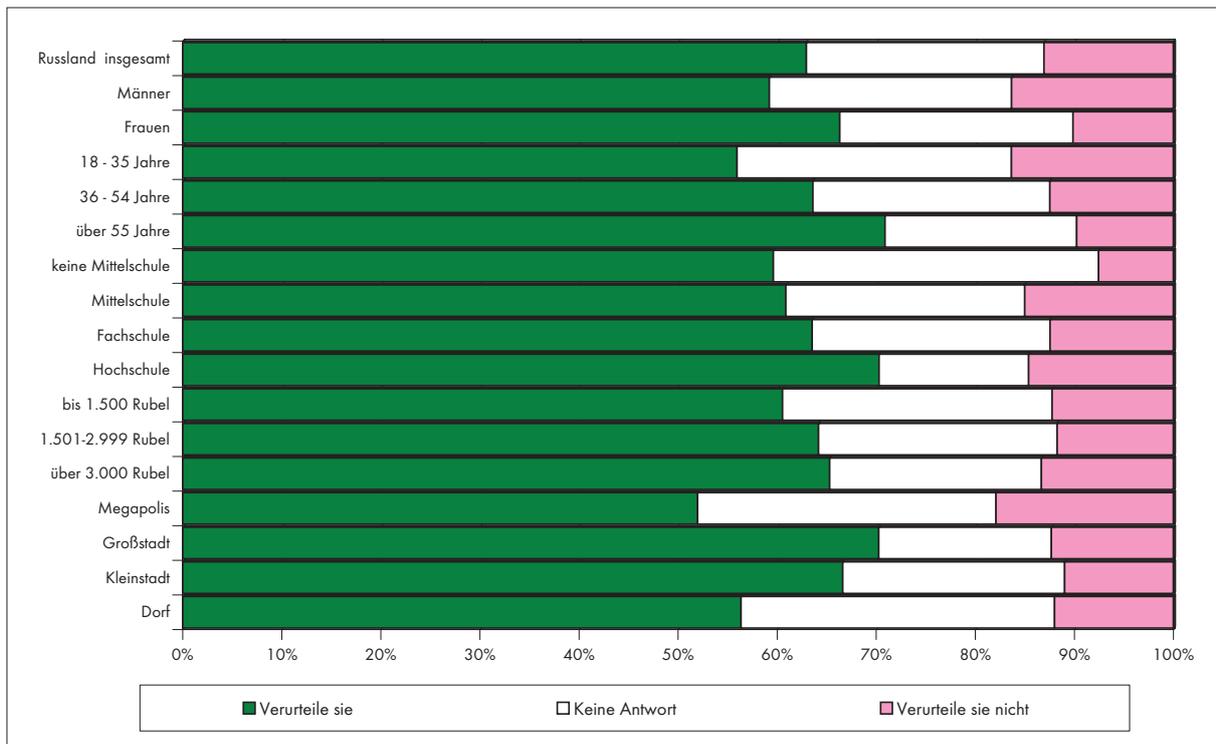
Umfragen des Lewada-Zentrums und der "Stiftung Öffentliche Meinung" (FOM), Februar 2006

**Welcher Religion fühlen Sie sich zugehörig, welche Religion ist Ihnen nahe?  
(Beliebig viele Antworten möglich)**

**Welche Religion ist Ihnen am ehesten fremd?  
(Beliebig viele Antworten)**


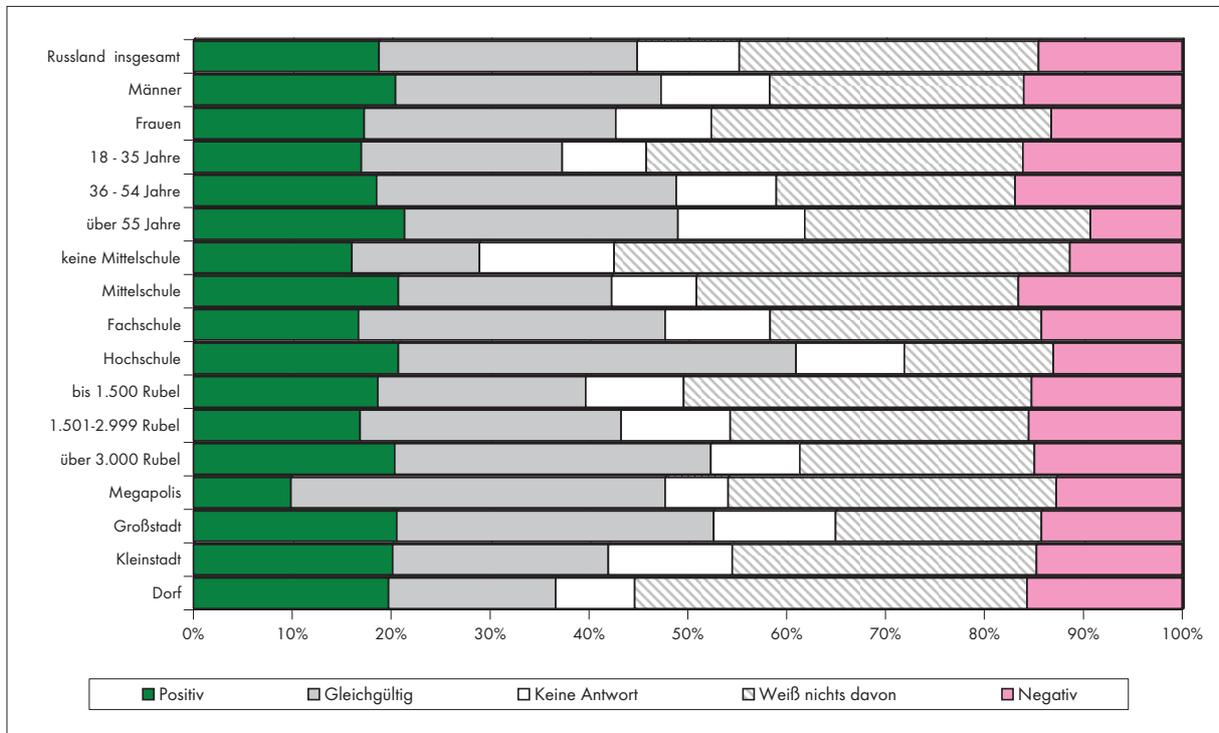
### Spielt der Islam in der Welt von heute eine positive oder eine negative Rolle?



### Verurteilen Sie die Veröffentlichung von Karikaturen mit der Darstellung des Propheten Mohammed?

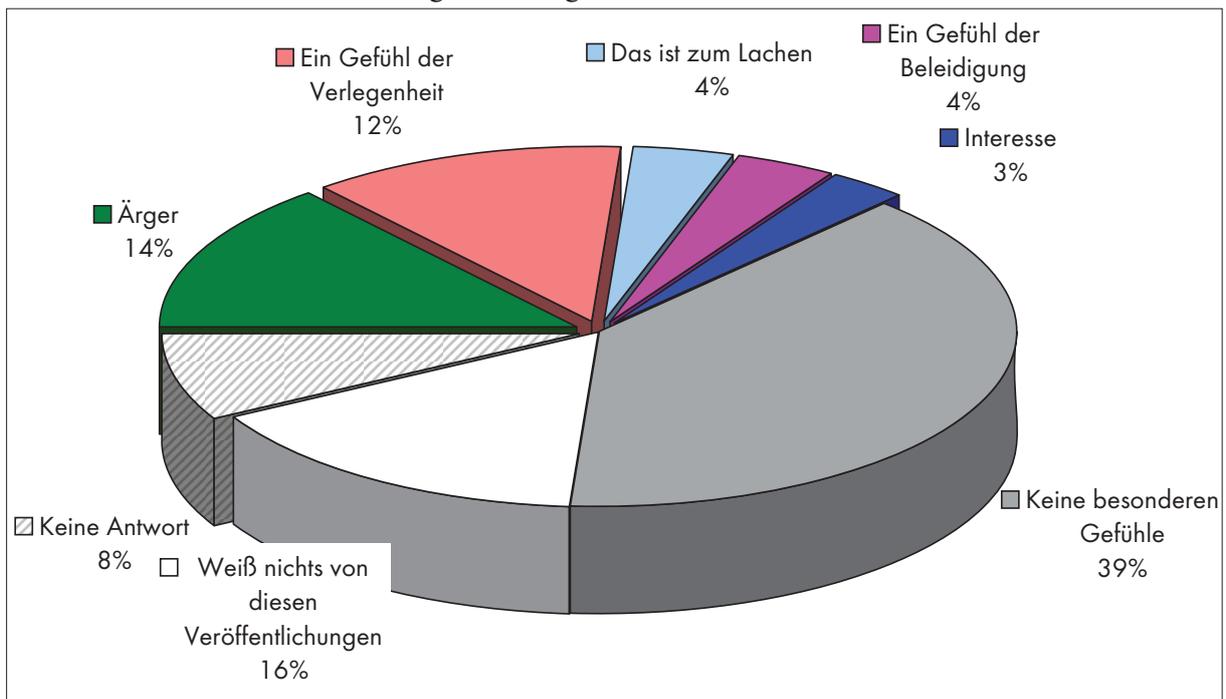


### Wie stehen Sie zu den Massenprotestaktionen in islamischen Ländern, die durch die Karikaturen des Propheten Mohammed hervorgerufen wurden?

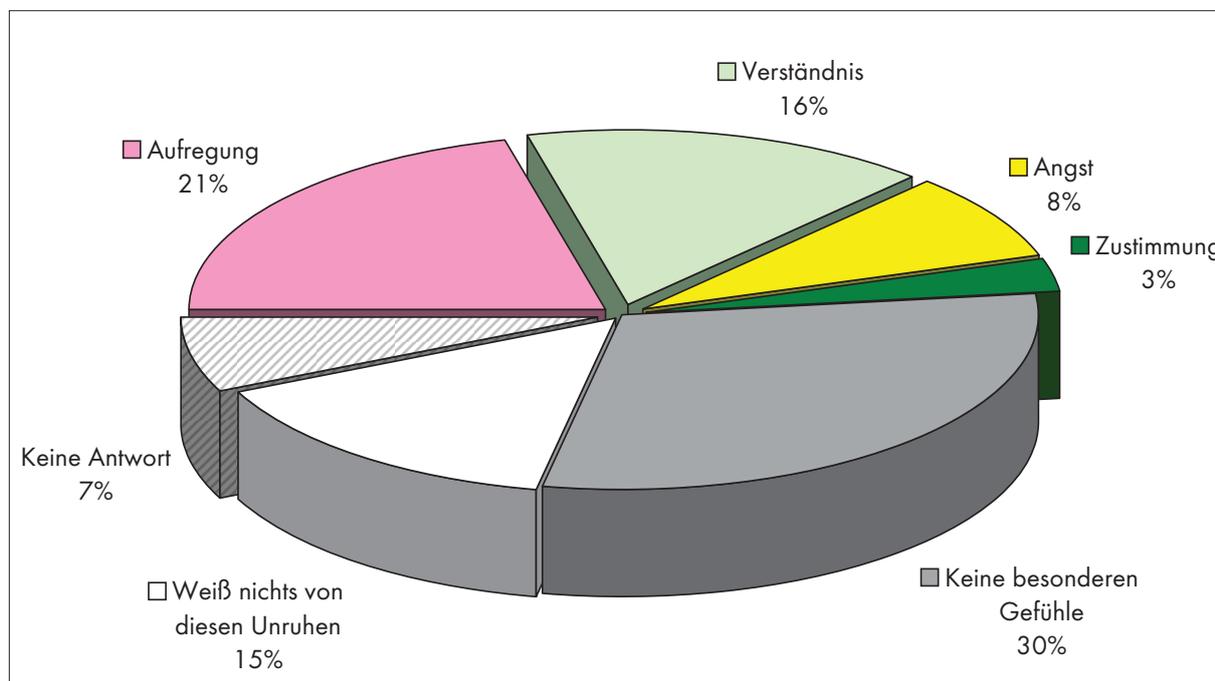


Quelle: <http://bd.fom.ru/zip/tb0607.zip>

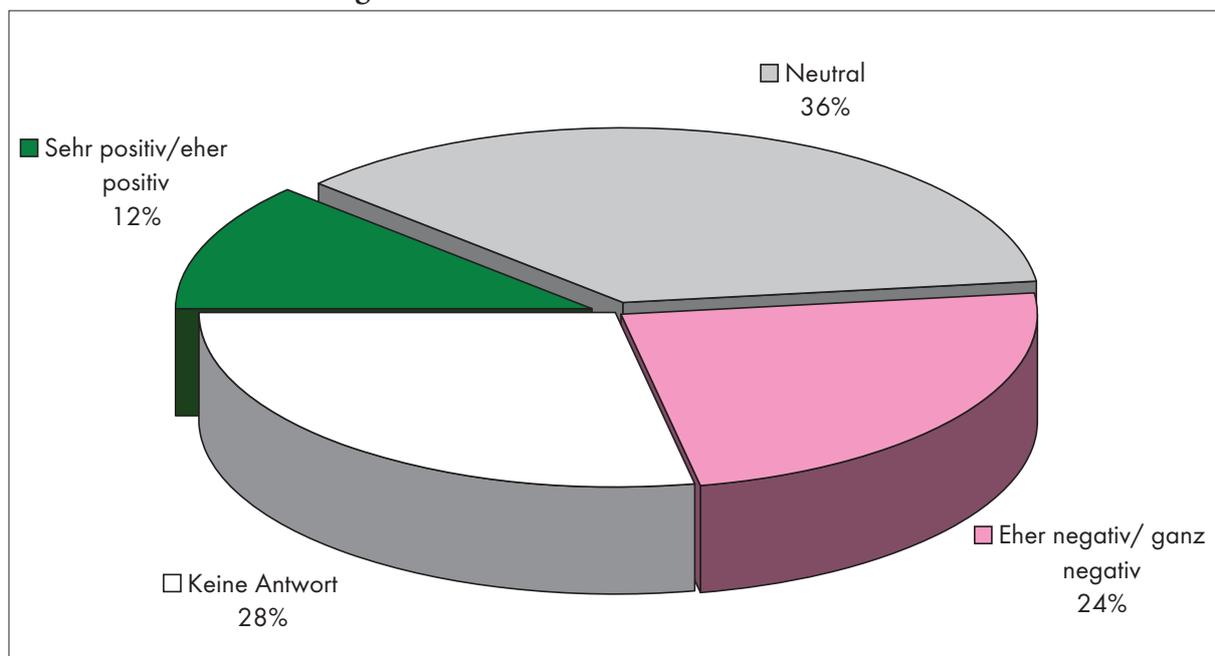
### Welche Gefühle hat bei Ihnen die Veröffentlichung von Karikaturen des Propheten Mohammed in dänischen Zeitungen hervorgerufen?



Welche Gefühle haben bei Ihnen die Massenunruhen und Pogrome in den arabischen Ländern hervorgerufen?



Was halten Sie von der Entscheidung der tschetschenischen Regierung, die Tätigkeit einer dänischen humanitären Organisation zu verbieten?

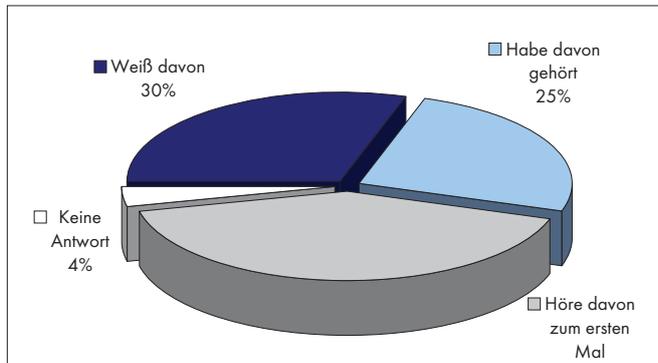


Nach: <http://www.levada.ru./press/2006022702.html>

**Umfrage**

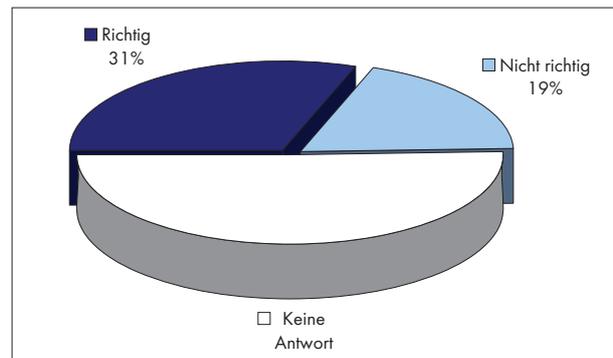
**Russlands Einladung an Hamas**

Quelle: Umfrage der "Stiftung Öffentliche Meinung" (FOM) vom 18.-19. Februar 2006 <http://bd.fom.ru/zip/tb0608.zip>

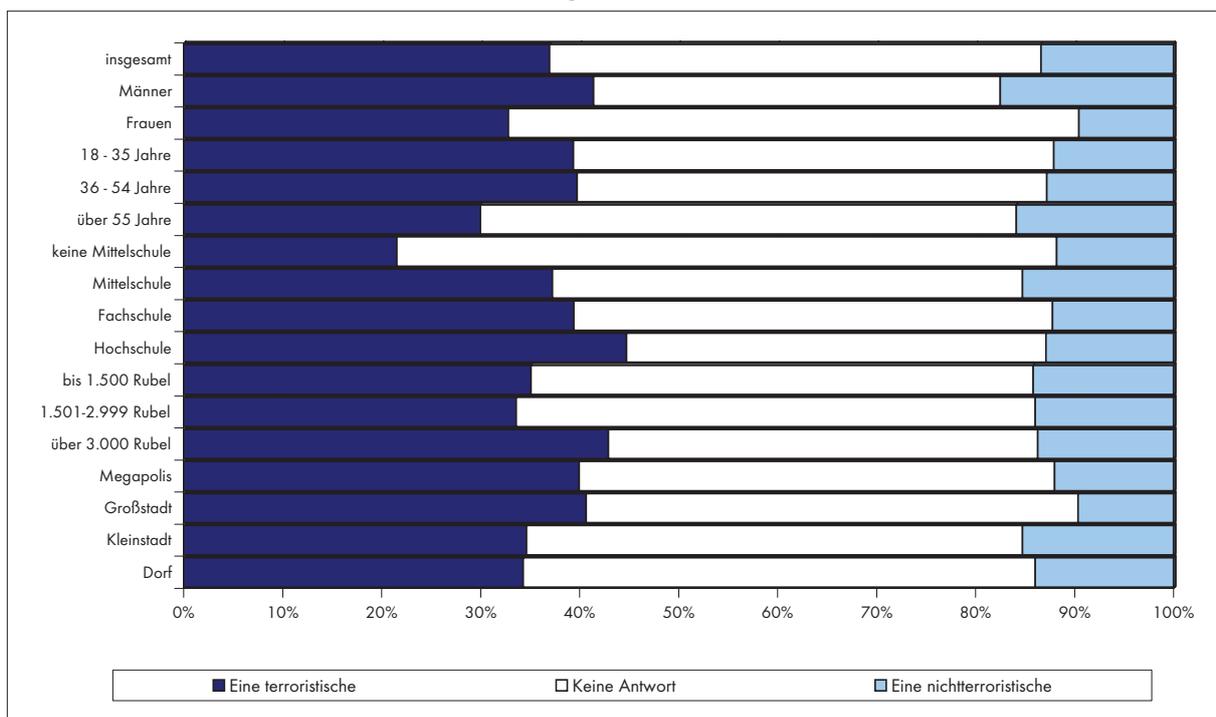


**Wissen Sie von den Absichten Russlands, die Führer der Palästinenserbewegung Hamas nach Moskau einzuladen?**

**Halten Sie es für richtig, die Führer der Palästinenserbewegung Hamas nach Moskau einzuladen?**



**Halten Sie Hamas für eine terroristische Organisation?**



## Dokumentation

### Erklärung von Memorial International

#### Über die Verwarnung von Memorial für die Veröffentlichung eines unabhängigen Gutachtens

Am 26. Februar 2006 hat die Staatsanwaltschaft der Stadt Moskau die geschäftsführende Direktorin der „Internationalen historisch-aufklärerischen, wohltätigen Menschenrechtsgesellschaft Memorial“ Jelena Schemkowa eine schriftliche Verwarnung unter dem Titel „Über die Unzulässigkeit von Gesetzesverletzungen“ ausgesprochen. Anlass der Verwarnung war, dass Memorial ein Gutachten des Muftis des Asiatischen Teils Russlands, Nafigulla Aschirov, über vier Broschüren der in Russland verbotenen Organisation „Hisb ut-Takhrir“ auf seine Website gestellt hat (<http://www.memo.ru/hr/jbl/doc/2005ashirov.htm>).

Die Staatsanwaltschaft wirft Memorial vor, damit das Bundesgesetz „Über Gegenmaßnahmen zu extremistischer Tätigkeit“ zu verletzen. Wie wir erfahren haben, hat die Moskauer Staatsanwaltschaft auch die Einleitung eines Strafverfahrens im Zusammenhang mit der Publikation auf der Website von Memorial geprüft, dann allerdings die Entscheidung getroffen, eine Verwarnung auszusprechen.

Unserer Ansicht nach, ist das nichts anderes als eine Einschränkung der Redefreiheit und ein Versuch ungesetzlicher Zensur, der der Verfassung und den internationalen Verpflichtungen der Russischen Föderation widerspricht.

Das Gutachten von Nafigulla Aschirov wurde auf Bitte von Swetlana Gannuschkina, Vorsitzende des Komitees „Bürgerbeteiligung“ (Grazhdanskoje Sodejstwije) und Mitglied im Rat des Menschenrechtszentrums Memorial ausgearbeitet. Anlass war, dass seit Herbst 2004 in einigen Regionen Zentralrusslands, in der Wolgaregion, im Ural und in Sibirien Dutzende von Strafverfahren gegen russische Staatsbürger und Bürger anderer GUS-Staaten eröffnet wurden, weil sie Schriften von „Hisb ut-Takhrir“ aufbewahrt, studiert oder verbreitet hatten. In keinem einzigen Fall wurde ein fachliches, religionswissenschaftliches Gutachten erstellt.

Mufti Nafigulla Aschirov ist ein anerkannter russischer Experte und ausgebildeter Islamwissenschaftler. Nachdem er die Broschüren „Das System des Islams“, „Die islamische Persönlichkeit“, „Hisb ut-Takhrir“ und „Die Konzeption von Hisb ut-Takhrir“ untersucht hatte, kam er zu dem Schluss, dass sie keine Aufrufe zur Gewalt und zur Aufstachelung zum Rassenhass enthalten. Ebenso würden in den Broschüren keine religiösen Gefühle oder die Würde von Menschen anderen Glaubens verletzt. Aschirov wies auch darauf hin, dass in den Untersuchungs- und Gerichtsdokumenten nicht statthafte Formulierungen wie „Aufrufe in verdeckter Form“ oder „mittelbare Förderung der Anstachelung zur Feindschaft“ benutzt werden, um den extremistischen Charakter einiger islamischer Veröffentlichungen zu belegen. Der Gutachter drückte seine Zweifel an der Rechtmäßigkeit der eröffneten Strafverfahren gegen die Verbreitung der Broschüren aus, weil die Verfahren nach seiner Meinung dem Gesetz „Über die Gewissensfreiheit und religiöse Organisationen“ widersprechen.

Es ist klar, dass die Meinung eines Gutachters mit der offiziellen Position übereinstimmen kann oder auch nicht. Die Gesetzgebung der Russischen Föderation garantiert ihm aber das Recht, seine Meinung auszusprechen und zu veröffentlichen. Deshalb ist die Anschuldigung, Memorial könnte mit der Veröffentlichung seiner Meinung gegen § 12 des Gesetzes „Über Gegenmaßnahmen zu extremistischer Tätigkeit“ verstoßen haben und „ein öffentlich zugängliches Netzwerk zu extremistischer Tätigkeit“ genutzt haben, absurd und seltsam.

Absurd ist auch der Hinweis auf § 17 des genannten Gesetzes, dass die Verbreitung von Materialien von verbotenen Organisationen ebenso untersagt, wie die Verbreitung von Informationen, die Material einer verbotenen Organisation enthalten. Der Text von Aschirov ist nicht nur kein „Material“ von Hisb ut-Takhrir, sondern beinhaltet nicht einmal Zitate aus den Broschüren der Organisation.

Wenn das Gesetz so willkürlich und weitgehend interpretiert wird, dann kann jede beliebige öffentliche Kritik an einer Gerichtsentscheidung über das Verbot einer Organisation oder Publikation, in der, selbst in Form kritischer Kommentare, Veröffentlichungen der verbotenen Organisation zitiert werden, als strafrechtlich relevante „extremistische Tätigkeit“ gewertet werden. Auf diese Weise kann jeder beliebige öffentliche Zweifel daran, dass die Beschuldigungen gegen eine Organisation oder einen Menschen begründet sind, von der Staatsmacht als ein Gutheißen der Tätigkeit von Terroristen gewertet werden. Genau so ist die Staatsanwaltschaft Memorial gegenüber verfahren.

Interessant ist auch, dass die Verwarnung der Moskauer Staatsanwaltschaft sich auf die „Schlussfolgerungen“ eines „sozial-psychologischen Gutachtens“ stützt, dessen Autoren unbekannt sind und dessen Text den Vertreter von Memorial nicht zugänglich gemacht worden ist.

Die Verwarnung der Staatsanwaltschaft verweist zudem auf eine Entscheidung des Obersten Gerichts der Russischen Föderation vom 14. Februar 2003, deren Text bis heute offiziell nicht veröffentlicht worden ist.

Memorial ist der Auffassung, dass die Handlungen der Moskauer Staatsanwaltschaft gegen die Verfassung der Russischen Föderation und die Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte und der Grundfreiheiten verstoßen und wird die Verwarnung vor Gericht anfechten.

Moskau, 27. Februar 2006

Übersetzung: Jens Siegert

## Dokumentation

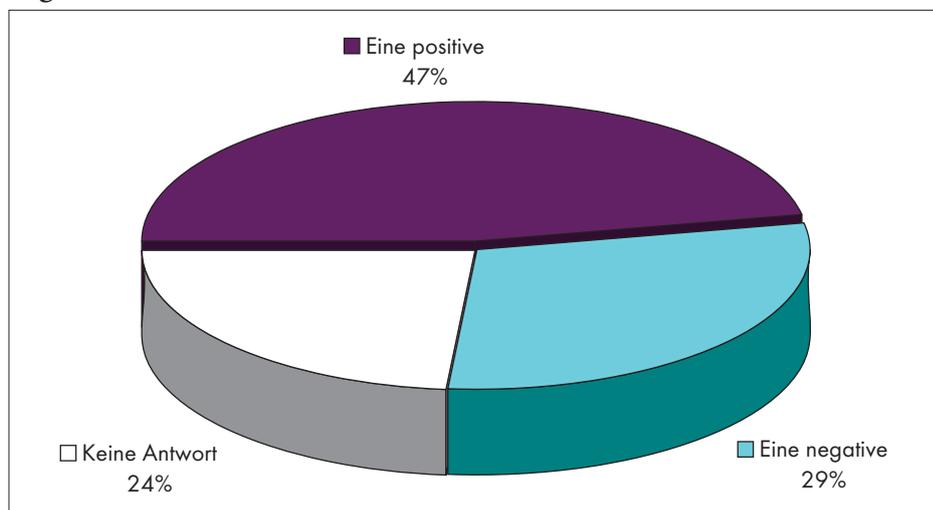
### Vor fünfzig Jahren: Chruschtschows „Geheimrede“

Am 25. Februar 1956, dem letzten Tag des 20. Parteitags der KPdSU hielt Nikita Chruschtschow, Erster Sekretär des Politbüro, in geschlossener Sitzung eine Rede, in der er Stalin massiv kritisierte und viele seiner Verbrechen offen benannte. Die „Geheimrede“ leitete die erste Phase der Auseinandersetzung mit Stalin ein, die nach dem Sturz Chruschtschows zu einem Ende kam. Erst in der Perestrojka wurden Stalins Verbrechen wieder öffentlich thematisiert.

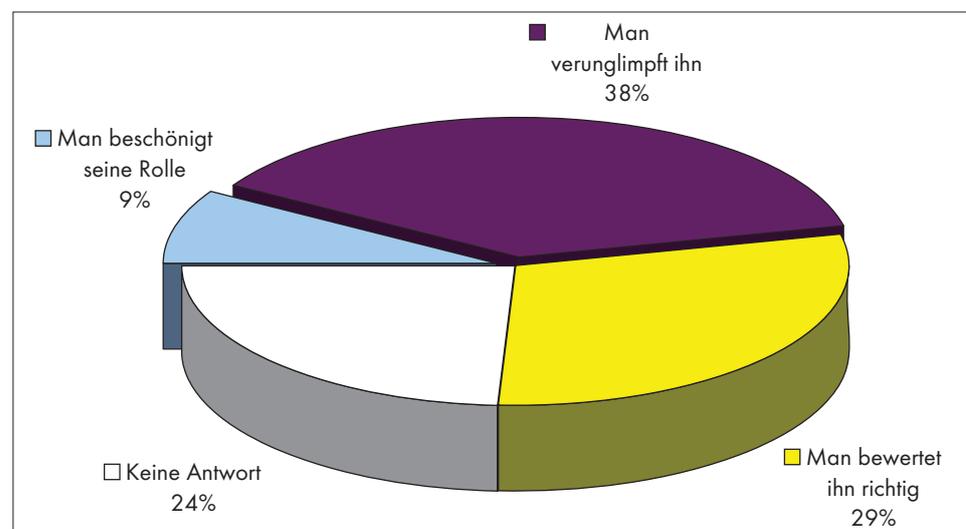
### Stalin-Kritik auf dem 20. Parteitag

Quelle: Umfrage der „Stiftung Öffentliche Meinung“ (FOM) vom 18.–19. Februar 2006 <http://bd.fom.ru/zip/tb0608.zip>

Was für eine Rolle hat Stalin in der Geschichte Russlands gespielt – eine positive oder eine negative?



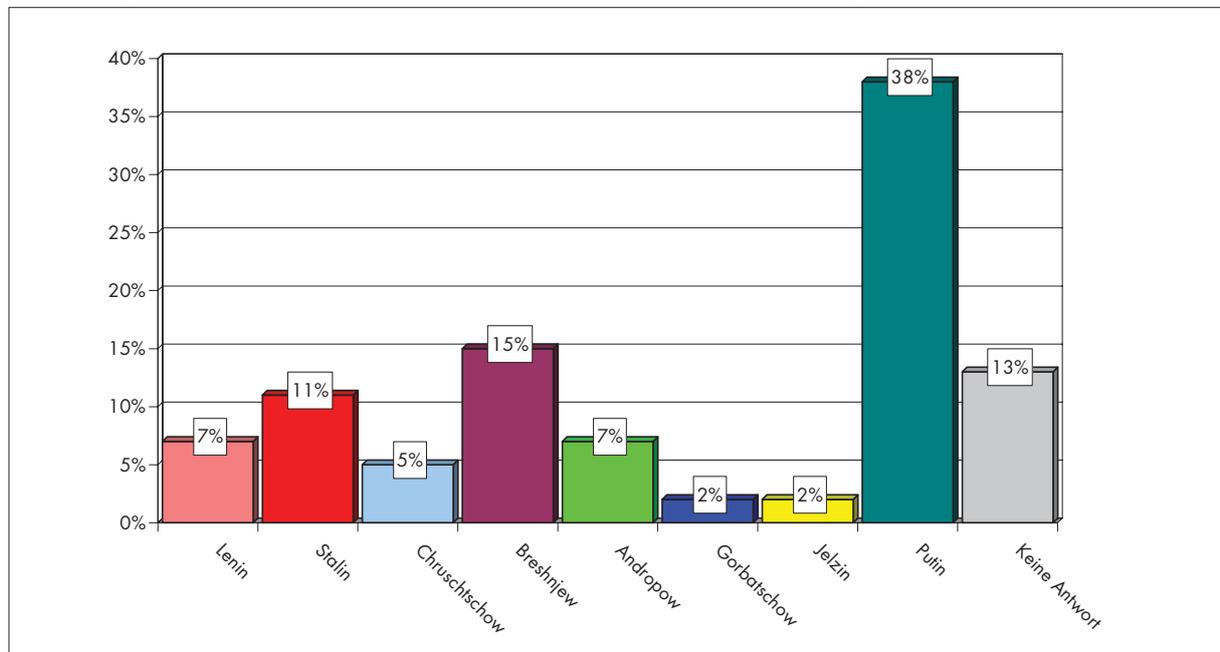
Was meinen Sie, beschönigt man heute Stalin und seine Tätigkeit, verunglimpft man ihn oder bewertet man ihn richtig?



## Sowjetnostalgie und „starke Hand“

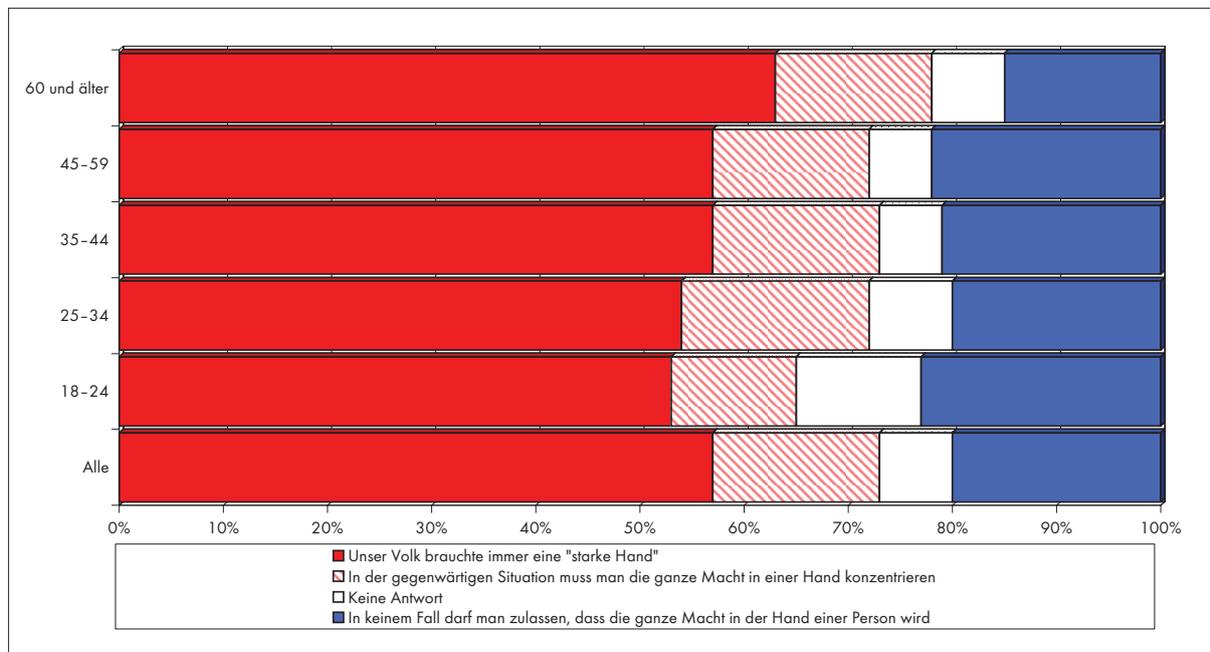
Quelle: Umfragen des VCIOM, 19.–20. Februar 2006 <http://wciom.ru/?pt=40&article=2315>

Welcher politische Führer unseres Landes war nach 1917 am erfolgreichsten?



	Alle Befragten	Alter (Jahre)				
		18–24	25–34	35–44	45–59	60 und älter
Lenin	7%	5%	7%	5%	9%	8%
Stalin	11%	9%	9%	10%	10%	15%
Chruschtschow	5%	3%	2%	5%	6%	4%
Breshnjew	15%	6%	9%	17%	19%	21%
Andropow	7%	1%	5%	12%	9%	5%
Gorbatschow	2%	1%	4%	1%	1%	2%
Jelzin	2%	3%	1%	2%	2%	0%
Putin	38%	55%	45%	32%	32%	31%
Keine Antwort	13%	17%	18%	16%	12%	14%

### Braucht das heutige Russland einen starken und mächtigen Führer, eine „starke Hand“?



	Alle Befragten	Alter (Jahre)				
	Alle	18-24	25-34	35-44	45-59	60 und älter
Unser Volk brauchte immer eine „starke Hand“	57%	53%	54%	57%	57%	63%
In der gegenwärtigen Situation muss man die ganze Macht in einer Hand konzentrieren	16%	12%	18%	16%	15%	15%
In keinem Fall darf man zulassen, dass die ganze Macht in der Hand einer Person wird	20%	23%	20%	21%	22%	15%
Keine Antwort	7%	12%	8%	6%	6%	7%

## Chronik

## Vom 23. Februar bis zum 2. März 2006

23.2.2006	In Wien treffen am Rande der Parlamentarischen Versammlung der OSZE Abgeordnetengruppen aus Russland und Georgien zusammen, um einen neuen Dialog über Ansätze zur Lösung der Konflikte um Abchasien und Südossetien zu beginnen.
23.2.2006	Putin empfängt Louise Arbour, UN High Commissioner for Human Rights, und erörtert mit ihr Menschenrechtsprobleme in Russland.
24.2.2006	In Moskau beginnt ein Verfahren gegen das Zentrum für Menschenrechte. Der Föderale Registrierungsdienst beim Justizministerium beantragte die Liquidierung der Moskauer Einrichtung. Das Zentrum soll es versäumt haben, den Dienst über seine Arbeit zu informieren.
24.2.2006	Das Katastrophenschutzministerium teilt mit, dass in einer Geflügelfarm in Ort Lawlinskaja, 124 km von Krasnodar, 24.000 Hennen gestorben sind. Die Behörden schließen den Befall durch Vogelgrippe nicht aus.
26.2.2006	Die Duma verabschiedet in 3. und letzter Lesung das Antiterrorgesetz mit 423 gegen 6 Stimmen. Damit werden u.a. Kompetenzfragen im Rahmen von Antiterroroperationen entschieden. Demnach entscheidet der Chef der föderalen Exekutivorgane in der Provinz über die Einleitung und das Ende einer solchen Operation. Der Leiter des Operationsstabes wird gemäß einer vom Präsidenten festgelegten Ordnung bestimmt. Der Abschuss von Flugzeugen, die von Terroristen als fliegende Waffe eingesetzt werden, wird erlaubt.
26.2.2006	Die zweite Runde der russisch-iranischen Verhandlungen, diesmal in Teheran, erbringt kein eindeutiges Ergebnis. Die Leiter der iranischen bzw. russischen Atomenergieagentur, Gholamreza Aghazadeh und Sergej Kirienko, geben bekannt, man habe sich auf ein „Basisprogramm“ zur gemeinsamen Urananreicherung auf russischem Boden geeinigt. Beide Seiten setzen bei der Bewertung der Resultate jedoch unterschiedliche Akzente. Außenminister Sergej Lawrow kündigt an, dass man bis zum 6. März weiterverhandeln werde. Zu diesem Termin entscheidet die Internationale Atomenergieagentur (IAEA) über die Einschaltung des UN-Sicherheitsrates.
26.2.2006	Ilja Simin, ein Reporter des Fernsehsenders NTV, wird in seiner Wohnung ermordet aufgefunden.
27.2.2006	Das Ministerium für Naturschätze und die Föderale Agentur für Atomenergie (Rosatom) kündigen ein 10-Mrd.-Dollar-Programm zum Ausbau der Uranindustrie an. Bis 2020 soll die Uranproduktion versechsfacht werden.
27.2.2006	In Nazran (Inguschetien) wird Magomed Tschachkijew von Unbekannten entführt. Magomed Tschachkijew ist Schwiegervater des inguschetischen Präsidenten Murat Sjasikow und des Republikstaatsanwalts Machmud-Ali Kalimbetow.
28.2.2006	Die Moskauer Staatsanwaltschaft beschuldigt die Gesellschaft „Memorial“, islamischen Extremismus zu popularisieren und verwarnt sie.
28.2.2006	Der britische Außenminister Jack Straw warnt Boris Beresowskij, dass er Gefahr laufe, seinen Status als politischer Flüchtling zu verlieren, wenn er weiter zum Sturz Putins aufrufe.
28.2.2006	Der tschetschenische Ministerpräsident Sergej Abramow tritt zurück.
28.2.2006	Putin publiziert im „Wall Street Journal“ einen Artikel mit der Überschrift „Energy Egotism Is a Road to Nowhere“. Die Tageszeitung „Die Welt“ veröffentlicht eine deutsche Version: <a href="http://www.welt.de/data/2006/03/01/852993.html">http://www.welt.de/data/2006/03/01/852993.html</a>
28.2.–1.3.2006	Staatsbesuch Putins in Ungarn. Der russische Präsident führt Gespräche mit seinem ungarischen Amtskollegen Solyom und mit Ministerpräsident Gyurcsany.
1.–2.3.2006	Staatsbesuch Putins in Tschechien; Putin räumt eine „moralische Verantwortung“ für die Niederschlagung des „Prager Frühlings“ durch die Sowjetunion ein, lehnt aber jede juristische Verantwortung ab.
2.3.2006	Die russische Generalstaatsanwaltschaft leitet ein Verfahren gegen Boris Beresowskij wegen „Vorbereitung eines Umsturzes in Russland“ ein und stellt ein Auslieferungsgesuch an Großbritannien.
2.3.2006	Der Präsident von Tschetschenien Alu Alchanow schlägt Ramsan Kadyrow als Nachfolger Sergei Abramows im Amt des Ministerpräsidenten vor.

Die Russlandanalysen werden mit Unterstützung durch die Otto-Wolff-Stiftung gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Die Meinungen, die in den Russlandanalysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Matthias Neumann, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder

Russlandanalysen-Layout: Cengiz Kibaroglu

ISSN 1613-3390 © 2006 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-7891 • Telefax: +49 421-218-3269

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: www.russlandanalysen.de